

**Stellungnahme des Sozial-Ethischen Ausschusses  
zur Eingabe Dresdner Gemeindepädagogen an die Synode  
zum geplanten Neonaziaufmarsch am 18.02.2012  
(Annahme der Drucksache Nr. 131)**

Rechtsextreme Aufmärsche sind ein gesellschaftliches Alarmsignal.

Ihnen sollten sich so viele Menschen wie möglich entschieden, deutlich und sichtbar entgegenstellen, um friedlich ein Zeichen zu setzen, dass sich die Mehrheit unserer Gesellschaft gegen Menschenfeindlichkeit, Intoleranz und Hass wehrt.

Menschenverachtende Ideologien sind nicht mit dem biblischen Menschenbild in Einklang zu bringen. Deshalb dürfen wir sie nicht unkommentiert stehen lassen.  
Es ist für uns jedoch selbstverständlich, dass jegliche Art des Protestes friedlich und gewaltfrei sein muss.

Wir möchten die Menschen stärken, die sich mutig und entschlossen mit friedlichen Formen des Protestes den Neonazis entgegenstellen und würdigen dies ausdrücklich.

Besonders dankbar sind wir für die vielfältigen Initiativen der Kirchen in Dresden.

Die engagierten zivilgesellschaftlichen Bündnisse und Initiativen verdienen Anerkennung und unsere Unterstützung.

Daher ermutigen wir Christinnen und Christen sich gerade hier zu engagieren und insbesondere die Aktionen, welche von kirchlichen Gruppen initiiert werden, zu unterstützen.

Wir bitten aber auch alle, die sich an den Protestaktionen beteiligen, die Belastung und Betroffenheit der während der Demonstration eingesetzten Polizisten in den Blick zu nehmen.

Breiter öffentlicher Protest ist wichtig! Denn die Beteiligung vieler Menschen wirkt deeskalierend und gewaltmindernd.

Aber: Proteste lösen nicht die grundsätzlichen Probleme.

Die Erinnerungskultur in Deutschland – und insbesondere hier in Dresden – braucht Veränderung.

Dresden ist kein Ort der Unschuld – hier lebten Täter und Opfer. Mit allen anderen Orten in unserem Land teilt sich Dresden seine nationalsozialistische Vergangenheit, die hier – wie anderswo – Ausgangspunkt für den Zweiten Weltkrieg war.

Das schwierige Erbe unseres Landes für das Täter und Opfer stehen, muss sich in unserer Erinnerungskultur künftig besser wiederfinden.

Wir alle sind aufgefordert Courage und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und zu unterstützen, damit Rechtsextremismus, Nationalismus und jeder weiteren Form extremistischer Auseinandersetzung in unserem Land die Plattform entzogen wird.